

Enfin, le groupe DS/Ligue veut réduire de moitié les contributions aux prestations d'assistance des réfugiés. Nous ne pouvons pas porter un coup pareil à cette rubrique, pour les mêmes raisons que précédemment. Comme les requérants d'asile, les réfugiés sont durement touchés par la situation tendue de l'emploi. Face à la croissance des dépenses d'assistance, le Conseil fédéral a dû solliciter un crédit supplémentaire de 30 millions de francs pour le remboursement des prestations versées par les oeuvres d'entraide sur mandat de la Confédération. Ces dernières ont droit à une indemnisation complète.

Dans son nouveau projet, le Conseil fédéral a déjà consenti à une réduction de 5 millions de francs. Couper maintenant la poire en deux reviendrait à coup sûr à retrouver l'autre moitié dans le train des crédits supplémentaires de 1994. Pour éviter cela, restons-en au nouveau projet du Conseil fédéral, soit 90 millions de francs.

Pour toutes ces raisons, je vous demande de repousser les quatre propositions qui nous sont faites.

Bundesrat Stich: Ich habe zwar alles Verständnis, wenn man beim Budget demonstriert und Anträge stellt. Das ist auch der Zweck einer Budgetdebatte. Aber langsam habe ich den Eindruck, dass wir in Kommissionsberatungen hineingeraten. Von mir aus gesehen wären das Anträge, die in der Kommission eingereicht und dann als Minderheitsanträge ins Plenum gelangen sollten. Dann hat man auch die Möglichkeit, sich entsprechend vorzubereiten.

Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen. Es ist mit Recht gesagt worden: Letztlich sind es Schätzungen, wie viele Asylbewerber wir im nächsten Jahr haben werden. Das ist der entscheidende Punkt. Die Frage können Sie nicht beantworten, die kann ich nicht beantworten, die kann der Bundesrat nicht definitiv beantworten. Wir sind der Meinung, dass man auch in diesem Bereich sparen muss, das ist völlig unbestritten. Aber wir gehen nun einmal von einer Annahme aus, von einer Anzahl Asylbewerber. Dies bedeutet, dass wir die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellen, Löhne bezahlen müssen und dass wir mit gewissen Kosten rechnen, die wir den Kantonen rückvergüten müssen.

Dass diese Kosten höher sind, als sie auch schon waren, hängt erstens mit der angenommenen Zahl an Bewerbern zusammen. Zweitens hängt es ebenfalls damit zusammen, dass in der Rezession nicht mehr jeder Asylbewerber sofort Arbeit findet, arbeiten und so auf die Unterstützung verzichten kann. Hier hat sich einiges geändert, und dem können wir nicht ausweichen.

In bezug auf die Missbräuche: Wir sind alle der Auffassung, dass man Missbräuche bekämpfen muss. Aber Sie haben kürzlich vielleicht auch in der Presse gelesen, wie ein ausgeschaffter Asylbewerber wieder in die Schweiz zurückgekommen ist. Ich möchte Sie lediglich daran erinnern, dass wir nicht um die Schweiz einen Hag bauen können. Wir haben jeden Tag – jeden Tag – an unseren Grenzen im Durchschnitt 700 000 einreisende Personen mit 300 000 Motorfahrzeugen. Glauben Sie im Ernst, wir könnten jedermann dauernd kontrollieren, so dass niemand unrechtmässig wieder zurückkommt? Das ist nicht möglich, und ich glaube, das liegt auch nicht in unserem Interesse. Es wäre auch viel, viel zu kostspielig, das zu tun.

Ich bitte Sie also, diese Anträge abzulehnen.

Präsidentin: Es liegen zu den beiden Anträgen ausschliesslich negative Stellungnahmen der Fraktionen vor, und zwar von der freisinnigen, der sozialdemokratischen und der grünen Fraktion.

Pos. 415.3010.001

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der SD/Lega-Fraktion Minderheit
Dagegen offensichtliche Mehrheit

Pos. 415.3500.001

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der SD/Lega-Fraktion Minderheit
Dagegen offensichtliche Mehrheit

Pos. 415.3600.003

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der SD/Lega-Fraktion Minderheit
Dagegen offensichtliche Mehrheit

Pos. 415 Ausgaben – Pos. 415 Dépenses

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Scherrer Jürg Minderheit
Dagegen offensichtliche Mehrheit

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

93.089

**Teuerungsausgleich
an das Bundespersonal
Compensation du renchérissement
accordée au personnel fédéral**

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 2226 hiervor – Voir page 2226 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 9. Dezember 1993
Décision du Conseil des Etats du 9 décembre 1993

Art. 2 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Borel François, Bühler Simeon, Leemann, Theubet)
Festhalten

Art. 2 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Borel François, Bühler Simeon, Leemann, Theubet)
Maintenir

Hess Peter, Berichterstatter: Es verbleibt eine Differenz auf der Vorderseite der Fahne: In Artikel 2 Absatz 1 haben wir einem Antrag Hafner Rudolf zugestimmt, der heisst: «Lösungen mit Degression oder Plafonierung sind möglich.» Ich habe Ihnen bereits dargelegt, dass dieser Antrag lediglich spezifizierender, also erklärender Natur ist, aber materiell keine Erweiterung bringt, weil Kommission und Bundesrat davon ausgehen, dass mit der Berücksichtigung des sozialen Aspektes bereits degressive oder plafonierende Lösungen möglich sind. Im Sinne einer Bereinigung der offenen Differenz empfehle ich Ihnen Zustimmung zum Ständerat, der stillschweigend und ohne Diskussionen den zum Beschluss erhobenen Antrag Hafner Rudolf wieder gestrichen hat.

M. Borel François, porte-parole de la minorité: Le Conseil des Etats a décidé de maintenir la version de notre conseil en en biffant la dernière phrase. L'interprétation donnée est que le sens de cette dernière phrase est contenu dans la première partie du texte.

Donc, la divergence n'étant plus que formelle, nous pouvons retirer notre proposition de minorité.

Präsidentin: Die Minderheit hat ihren Antrag zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.069

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1994 Budget de la Confédération 1994

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2275 hiervor – Voir page 2275 ci-devant

Ausgaben nach Sachgruppen 1994 Dépenses selon les groupes par nature 1994

30 Personalausgaben

Antrag der Kommission

Ausgaben der Sachgruppen 3000, 3010, 3020, 3030

(Die finanziellen Auswirkungen der Aenderungsanträge betreffend Etatstellenbestand sind nur unter der Position 614.3010.004 Stellenkontingent des Bundesrates, Etatpersonal, berücksichtigt.)

Mehrheit

4 075 379 000 Fr.

Minderheit I

(Züger, Bäumlin, Borel François, Leemann, Leuenberger Ernst, Marti Werner)

4 088 879 000 Fr.

Minderheit II

(Weder Hansjürg, Hafner Rudolf)

4 074 879 000 Fr.

Eventualantrag Vollmer

(falls der Antrag der Minderheit I abgelehnt wird)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Scherrer Werner

4 063 879 000 Fr.

30 Dépenses de personnel

Proposition de la commission

Dépenses des groupes par nature 3000, 3010, 3020, 3030

(Les conséquences financières des modifications dans les effectifs de personnel sont prises en compte uniquement ad position 614.3010.004 Contingent des places en réserve du Conseil fédéral, personnel permanent.)

Majorité

4 075 379 000 fr.

Minorité I

(Züger, Bäumlin, Borel François, Leemann, Leuenberger Ernst, Marti Werner)

4 088 879 000 fr.

Minorité II

(Weder Hansjürg, Hafner Rudolf)

4 074 879 000 fr.

Proposition subsidiaire Vollmer

(en cas de rejet la proposition de la minorité I)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Scherrer Werner

4 063 879 000 fr.

Züger, Sprecher der Minderheit I: Zum Zeitpunkt der Verhandlungen in der Finanzkommission des Nationalrates wurde die Teuerung noch auf 2,7 respektive auf 2,8 Prozent geschätzt. In der Zwischenzeit ist sie erfreulicherweise auf 2,2 Prozent abgesunken. Allerdings ist man nicht ganz sicher, ob dieser Wert auch noch Ende Dezember stimmt. Es ist also sehr gut möglich, dass sich der Wert wieder auf 2,4 Prozentpunkte erhöht. Die damalige Ausgangslage hätte normalerweise eine Diskussion über einen Ausgleich in der Höhe von 2,5 oder vielleicht sogar von 3 Prozent ausgelöst.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage tendierten die involvierten Arbeitnehmerverbände auf einen Ausgleich von 2,5 Prozent. Abschliessend erklärten sie sich aber auch mit einem 2prozentigen Teuerungsausgleich einverstanden, wohl wissend, dass damit – wiederum aus damaliger Sicht – 0,7 Prozent nicht ausgeglichen werden und in Anbetracht der konjunkturellen Lage wichtige und benötigte Kaufkraft abgeschöpft wird. Der Bundesrat hat dann aber 1,7 Prozent beschlossen und dafür im Budgetverfahren einen dringlichen Bundesbeschluss vorgeschlagen respektive vorschlagen müssen, um seine Vorgehensweise einigermaßen in rechtliche Bahnen zu lenken.

Zu dieser sogenannten Dringlichkeit möchte ich jetzt nichts sagen. Eines möchte ich aber trotzdem erwähnen: Wo bleibt unsere Glaubwürdigkeit als Arbeitgeber, wenn wir wegen 36 Millionen Franken im Budgetverfahren – ich betone: im Budgetverfahren – mit Dringlichkeitsrecht arbeiten? Wie gestern Herr Leuenberger Ernst möchte ich auf den freisinnigen Pressedienst verweisen, der das als Humbug bezeichnet hat. Ich bin äusserst glücklich, Herr Steinegger, dass mein Herz für die Freisinnigen schlägt, wenigstens gerade jetzt.

Ich bitte Sie, die guten Leistungen unseres Personals zu honorieren, indem Sie einen Teuerungsausgleich von wie ausgehandelt 2 Prozent gewähren und daher dem Antrag der Minderheit I zustimmen. Auch persönlich wäre ich Ihnen dankbar: Gestern oder vorgestern hat der Kanton Schwyz 2 Prozent beschlossen, und ich möchte doch persönlich nicht mehr erhalten als die Leute, für die ich hier das Wort ergreife.

Weder Hansjürg, Sprecher der Minderheit II: Der Teuerungsausgleich ist für die LdU/EVP-Fraktion unantastbar. Denn nicht die Arbeitnehmer sind für die Teuerung verantwortlich: Diese Verantwortung trägt einzig und alleine die Nationalbank; sie ist die Instanz, die Inflation machen kann oder nicht. Sie hat uns – Sie wissen das – in den letzten fünf Jahren eine 25prozentige Inflation beschert; das ist ein schlechter Leistungsausweis. Unsere heutige Diskussion kommt ja nur zustande, weil wir auf den Fehlern der Nationalbank aufbauen müssen.

Wir sind der Auffassung, dass sich das System der einheitlichen, prozentualen Teuerungsanpassung nicht länger vertreten lässt. Denn dieses System führt zu ungerechtfertigten Lohnerhöhungen für Spitzenverdiener.

Daher möchte ich Ihnen den Antrag der Minderheit II (Weder Hansjürg) beliebt machen: Er hat, im Gegensatz zum Antrag der Minderheit I (Züger), den Vorteil, dass er 30 Millionen Franken mehr einbringt, also mehr spart. Die Privatwirtschaft, die Banken, die Versicherungen, die chemische Industrie, auch die Migros, der ich nahestehe, kennen die Plafonierung des Teuerungsausgleichs längstens. Auch mehrere Kantone haben dieses System längst eingeführt.

Der Antrag der Minderheit II sieht vor, dass bis zu 70 000 Franken Einkommen 2 Prozent – und nicht nur 1,7 Prozent, wie das der Bundesrat vorschlägt – ausgeglichen werden. Denn diejenigen, die wenig verdienen, waren ja von der Teuerung am meisten betroffen. Man muss das vielleicht mit den Mietzinsen begründen: Die Mieter waren ganz extrem davon betroffen, weil die Mieten teilweise bis zu 40 Prozent gestiegen sind. Bei einem ursprünglichen Mietzins von 1000 Franken zahlen heute die Mieter 1400 Franken, das macht 400 Franken im Monat aus. Der ganze Teuerungsausgleich ist für sie ohnehin nur ein Tropfen auf einen heissen Stein.

Teuerungsausgleich an das Bundespersonal

Compensation du renchérissement accordée au personnel fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.089
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.12.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2286-2287
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 469

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.